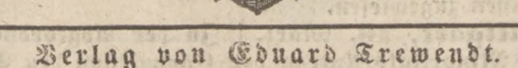
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfzeiltheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 130. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 18. März 1861.

Die warschauer Vorgänge.

△▽ **Warschau,** 16. März. Die heutigen Blätter enthalten den nachstehenden Erlaß des Fürsten-Statthalter an die Bewohner der Stadt Warschau: „Um den Aufhetzereien übelgesinnter Menschen zur Ausführung von Straßen-Manifestationen jeder Art ein Ziel zu setzen, wird hiermit nochmals zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß alle dergleichen Manifestationen nicht zulässig und für die allgemeine Ordnung gefährlich sind. Aus dieser Veranlassung wird das massenhafte Ansammeln auf Straßen und Plätzen zu Manifestationen, welcher Art sie auch immer seien, oder zu Prozessionen, welche von den geistlichen Behörden nicht angeordnet sind, streng untersagt.

Bewohner Warschau's! höret meine Mahnung und zwingt mich nicht zu der schmerzlichen Maßregel, die Ordnung mit bewaffneter Hand wiederherstellen zu müssen.

Die Polizei-Behörde hat gleichzeitig den Auftrag erhalten, diese meine Warnung allen Hauseigenthümern kund zu thun, und ihnen aufzugeben, dieselbe ihren Miethern mitzutheilen, damit sich Niemand mit Unkenntniß entschuldigen könne."

Dieser Erlaß des Fürsten Gortschakoff ist, wie wir in Erfahrung bringen, durch die Absicht einer großen Frauen-Demonstration veranlaßt worden. Man hoffte nämlich, die Regierung werde einer Prozession von Frauen (kein Mann sollte hierbei sichtbar sein) nichts in den Weg setzen, am wenigsten sie durch Kosaken auseinander treiben lassen. Nach Einigen sollte diese Demonstration heute (Sonnabend), was nicht geschehen ist, nach Anderen am nächsten Montag stattfinden. In Folge obigen Erlasses wird dieselbe wohl ganz unterbleiben. — Die Nachricht von dem Rücktritt des Geh. Rathes von Muchanow von dem Posten eines Kurators des warschauer Lehrbezirkes wurde in der gestrigen Abendsitzung des Bürges-Ausschußes mit lauten Beifallsrufen, Händeklatschen, Hutschwenken begrüßt. Die „Gazeta Rządowa" und „Policyjna" melden dies Ereigniß in folgenden Worten:

„In Folge Gesuches des Geh. Rathes von Muchanow, ihm bei den gegenwärtig sehr erweiterten Funktionen als präsidirender General-Direktor in der Regierungs-Kommission des Innern und der geistlichen Angelegenheiten eine Erleichterung zu verschaffen, hat Se. Durchlaucht das Amt eines Kurators des warschauer Lehrbezirkes dem Geh. Rath von Laszczynski zu übertragen geruht."

Herr Laczczynski war bis jetzt Civil-Gouverneur des Regierungsbezirkes Warschau und erfreute sich in dieser Stellung der Sympathien des Landes. Seine Ernennung zum Chef der neu zu errichtenden Regierungs-Commission der Unterrichts-Angelegenheiten, welche in Gemäßheit der vom Kaiser in Aussicht gestellten gänzlichen Reform des Systemes der öffentlichen Erziehung begründet werden soll, hat allgemein befriedigt.

Obwohl die Befähigung des Geh.-Rathes v. Laszczynski für dies hochwichtige Staatsamt noch nicht feststeht, so rühmt man ihm dennoch Biederkeit und Festigkeit des Charakters nach und hofft von seiner zukünftigen Amtsthätigkeit die besten Resultate. Herr v. Laszczynski soll den neuen Posten nur unter der Bedingung vollkommener Unabhängigkeit von dem Ministerium der Aufklärnng in St. Petersburg angenommen haben. Auf eine dieserhalb telegraphisch nach dort abgesandte Anfrage soll eine bejahende Antwort eingegangen, und somit die Publizirung durch die Blätter schon heute erfolgt sein.

Preußen.

Landtag.

K. C. **16. Sitzung des Herrenhauses vom 16. März.**

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. — Am Ministertische: Graf Pückler, v. Patow und v. Bernuth.

Bevor zur Tagesordnung übergegangen wird, bemerkt der Präsident, daß in früheren Jahren das Präsidium des Hauses beauftragt worden sei, Sr. Maj. dem Könige zu dessen Geburtstage die Glückwünsche und Gefühle der Treue und Ergebenheit des Hauses auszusprechen; er schlägt vor, in diesem Jahre wieder so zu verfahren; das Haus ist damit einverstanden.

Die gestern vertagte Diskussion über den Arnimschen Antrag wird fortgesetzt.

Herr v. Düesberg (schwer verständlich): Er habe sich schon mit dem westfälischen Provinzial-Landtage für die Ausgleichung der Grundsteuer erklärt als eine gerechte Maßregel. Der Arnimsche Antrag entspreche nicht einer gerechten Steuervertheilung, erhöhe nur das jetzt schon bestehende Mißverhältniß in der Besteuerung des Einkommens und des Grundbesitzes, und zwar mindestens bis 1870; ob es dann aufhöre, sei ihm zweifelhaft. Schon früher sei eine fundirte Einkommensteuer vorgeschlagen, aber aus praktischen Gründen aufgegeben. Jetzt darauf zurückzukommen, sei bedenklich. Erste Bedingung sei genaue Feststellung des Steuerobjekts; wie die hier möglich nach dem Gesetze von 1851, könne er nicht einsehen; die Grundlagen der Einkommensteuer-Veranlagung gäben kein zuverlässiges Material für die hier erforderliche Scheidung der Einkommenarten; weder bei der Einschätzung, noch bei Reklamationen komme jetzt die Quelle des Einkommens zur Frage. Der Arnimsche Antrag sei also zu verwerfen: 1) weil er auf Prämissen beruhe, die erst bei Berathung der Grundsteuer-Vorlagen zur Entscheidung kommen, 2) weil er zu einer neuen Prägravation der schon überbürdeten Provinzen führe, und 3) weil er nicht praktisch ausführbar sei.

Fürst zu Hohenzollern, v. Auerswald und Graf Schwerin sind an dem Ministertische erschienen.

Hr. v. Waldeck-Steinhöfel: Bei Ablauf der Zollvereinsverträge mußten die indirekten Steuern eine Reform erfahren, wie in den zwanziger Jahren; er hoffe auf denselben glücklichen Erfolg wie damals. Der jetzige Zustand sei ein Provisorium und da verlange der Finanzminister eine Grundsteuererhöhung. Dieser Erhöhung — nicht der Ausgleichung — gegenüber sei der Arnimsche Antrag gestellt. Derselbe treffe nur die Wohlhabenden, bedürfe nicht der Millionen Auslagen, wie der Plan des Finanzministers. Was der Minister im Definitivum wolle, sei nicht klar; zu vermuthen sei, daß er durch direkte Steuern die Ausgaben decken wolle; er (Redner) und seine Freunde wollten das durch indirekte Steuern; reiche das nicht aus, so würden sie vielleicht mit Freuden seiner Erhöhung der Grundsteuer zustimmen. — Der Arnim'sche Antrag, heiße es, sei mit dem gegenwärtigen Apparat nicht ausführbar; aber wenn dieser Apparat zur Erhebung von 13½ Mill. ausreiche, werde er auch für weitere 2 Mill. ausreichen. Die jetzigen Grundlagen, heiße es, genügten nicht; nun, der liebe Gott habe die Welt ohne alle Grundlagen geschaffen; die jetzigen Listen und Kataster seien ein Werk der Büreaukratie, und diese verehrte Büreaukratie werde auch schon für die weiteren Listen sorgen. — Der Antrag solle ferner den Grundsteuervorlagen entgegentreten, ehe sie eingebracht seien; aber wir wollen nur mit gleichen Waffen kämpfen; wir wollen für die Armee auch Geld bewilligen, aber nicht Grundsteuer; unseren Grenadieren ist es ganz gleichgiltig, ob sie von Grundsteuer-Thalern leben oder von anderen Thalern. — Endlich werde dem Antrag vorgeworfen, er wolle keine dauernde Ausgabe durch eine temporäre Einnahme decken; ob dann der Zuschlag, auf den der Finanzminister rechne, nicht auch temporär sein solle?! — Schließlich müsse er gegen Graf Reventlow, der sich berufen gefühlt habe, das Haus zur Opferwilligkeit zu ermahnen, Folgendes bemerken: „Hätte Graf Reventlow längere Zeit die Ehre, dem preußischen Unterthanenverband anzugehören, so würde er wissen, daß es einer solchen Ermahnung hier niemals bedurft hat; er würde wissen, daß unter den Männern in diesem Hause sich Träger vieler Namen befinden, welche in der Mark Brandenburg einen guten Klang hatten, lange ehe ein Hohenzoller hier war; er würde wissen, daß von dieser Zeit an die Träger dieser Namen, wie die ganze preußische Aristokratie, stets bereit waren, Gut und Blut in guten wie bösen Tagen zur Verfügung des Königs und Vaterlandes zu stellen; er würde wissen, daß der preußische Adel deshalb arm ist, weil er immer zu solcher Opferwilligkeit bereit war; ja, der geehrte Herr muß wissen, daß Patriotismus und Opferwilligkeit noch heute ungeschwächt in allen Klassen und Schichten des Volkes bestehen, denn er selbst, so kurze Zeit er unter uns weilt, ist von diesem Patriotismus bereits mit fortgerissen und ergriffen. Einer Ermahnung hat es also nicht bedurft. Ich bin weit entfernt, eine solche an Sie zu richten, ich bitte Sie nur: beweisen Sie Ihren Patriotismus dadurch, daß Sie den Antrag des Grafen Arnim annehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Dr. Baumstark: Ich betrete die Rednerbühne mit ganz anderen Gefühlen als mich vor wenigen Minuten noch beseelten; mein Gefühl ist das der allertiefsten Trauer (Bewegung) darüber, daß es möglich war, den so sehr unangenehmen Vorfall, der gestern sich hier ereignete, wiederum und zwar in solcher Weise, wie es eben geschehen, zur Sprache zu bringen, in einer Weise, daß der edle Mann, der gestern Gegenstand der Besprechung war, gleichsam direkt angesprochen wurde. Ich bin freilich auch einer von denen, die leider nicht alt genug sind, daß sie die Freiheitskriege mitkämpfen konnten, auch einer von denen, die nicht in Preußen geboren sind, bekenne aber offen, daß ich als durch das Vertrauen des Königs in dieses Haus berufen und durch das Vertrauen der Regierung in Preußen eingebürgert, nicht erwartet hätte, daß uns in diesem Hause etwas Derartiges geboten werden könnte. Das Wort der Abwehr ist nicht blos mein Recht, sondern auch meine Pflicht. — Zur Sache freue ich mich, daß durch die Debatte zur Evidenz klar gemacht ist, daß aus einem einzelnen Hause ein derartiger allgemeiner Finanz-Antrag der Regierung nicht gemacht werden kann. Durch sachkundigen Mund ist nachgewiesen, daß das Projekt für die Zeit, in welcher es wirken soll, nicht ausführbar ist. Soll die Armee-Reorganisation im ganzen Umfange durchgeführt werden, so bedarf unser ganzes Steuer-System einer solchen Umwandlung, wie nur möglich ist nach durchgeführter Grundsteuerausgleichung; alle bisherigen Versuche zu einer solchen Umwandlung scheiterten an dem Mangel dieser Ausgleichung, der Arnimsche Antrag verweist uns nun wieder in eine ferne Zukunft. — Es hat mich gefreut, von Dr. Stahl zu hören, daß er nicht gegen die Grundsteuer und nicht einmal gegen die bewegliche Grundsteuer sei; aber die daran geknüpften Bedingungen und Voraussetzungen verstoßen gegen alle Regeln der Finanzwirthschaft. Herr Stahl sagte, daß die Grundsteuer nach der Wirkung auf die Steuerpflichtigen beurtheilt werden müsse; wie er danach aber die stabile Grundsteuer vertheidigen kann, sehe ich nicht ein. Man müsse sehen, was die Eigenthümer, nicht was das Eigenthum tragen könne, sagte er; ich stimme ihm bei, aber er wird mir zugeben müssen, daß alsdann nach Maßgabe des Staatsbedürfnisses bei größerem Ertrage des Grundbesitzes, der Gewerbe und des Handels vorgegangen werden muß. Herr Stahl erklärt sich als einen Gegner der allgemeinen Einkommensteuer und trotzdem will er jetzt für eine Erhöhung derselben stimmen.

Die Durchführung des Unterschiedes zwischen fundirter und nicht fundirter Einkommensteuer wirft das ganze jetzige System über den Haufen. — Das Arnim'sche Projekt deckt das militärische Bedürfniß nur für eine kurze Reihe von Jahren, das Projekt der Regierung zeigt uns nach einem bestimmten Zeitraume eine sichere Einnahme. — Hr. Stahl sprach gestern von der Herrschaft des Wahns. Wir meinen, daß die Intelligenz eine stärkere Herrschaft übe, als der Wahn. — Unsere Verfassungsverhältnisse sind jetzt derart geändert, daß ich einen Unterschied zwischen den besonderen Interessen der Ritterschaft und der übrigen Klassen nicht kenne; wenn es noch so wäre, so stände es um uns viel trauriger, als ich bis jetzt geglaubt habe. Hr. Stahl hat sich dann an das Herrenhaus selber gewendet, indem er von dem Gegensatze desselben zu dem Abgeordnetenhause sprach. Ich halte es für sehr bedenklich, diesen Gegenstand in solcher Allgemeinheit zu erörtern und den Schein anzunehmen, als ob das Herrenhaus allein die Aufgabe hätte, den Staat zu erhalten. Hr. Stahl hat ferner die Majorität dieses Hauses der Minorität gegenüber gestellt; ich glaube, die letztere ist nicht minder in ihren Prinzipien berechtigt, als erstere: hat ja Hr. Stahl selbst früher der Majorität die Autorität gegenüber gestellt. Wie auch die Abstimmung ausfallen möge, bei Allen, die nicht von Parteirücksichten geleitet werden, wird kein Zweifel darüber obwalten, daß kaum jemals ein Antrag mit so wenig Glück vertheidigt und so gründlich widerlegt ward (großes Gelächter rechts). Ich halte daran fest, daß wir als die Besiegten die Sieger sein werden. (Bravo links.)

Hr. v. Below: Man müsse sich die verschiedene Lage vergegenwärtigen in welche der Grundbesitz bei einem Gesetze auf Grundlage des Arnim'schen, Antrages und nach den Grundsteuervorlagen kommen werde. Namentlich in Preußen hätten eine Menge Besitzer ihre Grundstücke zu hohen Preisen erworben und müßten, wenn sie sich erhalten wollten, eine sehr vorsichtige Wirthschaft führen; käme nun ein Gesetz auf Grundlage des Arnim'schen Antrages zu Stande, so würden diese sagen, daß die Mitglieder des Herrenhauses nicht allein an sich, sondern auch an andere dächten. Auch der verschuldete Hausbesitzer in den Städten werde die Abwendung der Gebäude-Steuer dankbar anerkennen. Wenn Graf Reventlow — den der Redner als Dänen nicht bezeichnen könne oder werde, er stamme von einem alten Geschlechte deutscher Ritterschaft ab — die Verhältnisse näher in's Auge gefaßt hätte, so wäre derselbe nach seiner Ansicht durch das dictum noblesse oblige veranlaßt, für den Arnim'schen Antrag zu stimmen. Die Beweisführung darüber, daß eine gleichmäßige Ausgleichung der Grundsteuer unmöglich sei, werde der Grundsteuerdebatte vorbehalten. Er habe die Frage studirt, wie es komme, daß die Provinzen Preußen und Schlesien keine Mißstimmung gegen die geringer mit der Grundsteuer belasteten Provinzen gezeigt hätten. Sei es denkbar, daß in Schlesien die Leute lauter Engel seien, während am Rhein, wo unsere Reben wachsen, so böses Blut sei? Ein reizbarer Zustand sei lediglich durch die Einbringung der Grundsteuervorlagen herbeigeführt worden. Bei den kommenden Verhandlungen mit dem Zollvereine müsse man einen bestimmten Plan verfolgen; wenn die Staats-Regierung später bestimmt ausspreche, daß die Tabakssteuer nicht mehr entbehrt werden könne, so würden sich auch die nicht geringen Schwierigkeiten beseitigen lassen, die bei Begründung einer neuen und so komplizirten Steuer eintreten. Vielleicht werde man dann auch hervorheben, daß dieses Haus schon lange diesen Gedanken ausgesprochen habe. Er bitte daher, für den Antrag zu stimmen, der auf Gerechtigkeit beruhe und das Interesse des Finanz- und Steuersystems wahre.

Hr. v. Winterfeld (zur thatsächlichen Berichtigung): Der vorletzte Herr Redner habe gesagt, daß der Arnim'sche Antrag, zu dessen Unterzeichnern er selber gehöre, sehr schwach vertheidigt worden sei, während die Gründe dagegen überzeugend sein sollten. Dies müsse er doch thatsächlich bestreiten. (Heiterkeit.) Bei weiteren Ausführungen für den Antrag wird der Redner vom Präsidenten unterbrochen mit dem Bemerken, daß dies nicht zur thatsächlichen Berichtigung gehöre.

Herr Camphausen (Berlin): Er habe die Ausführungen theils des Berichts der Kommission, theils den der Abschrift mit getheilter Stimmung gelesen. Er sei mit Vielem einverstanden, was darin gesagt werde, theile mit der Kommission und den Antragstellern den Wunsch, daß auch das Kapital zur Besteuerung herangezogen werden möchte; und er habe auch Sympathien für die vorgeschlagene Theilung des Einkommens. Er spreche dem Antragsteller seine Anerkennung für diese Theilung aus, unb verbinde damit die Anerkennung für einen Mann, dem er nahe stehe, und den er noch heute seinen Freund zu nennen stolz sei — dem Geh. Rath Kühne. Er nehme keinen Anstand, zu erklären, daß (ein Theil oder das ganze?) der Denkschrift über das frühere Einkommensteuerprojekt von 1847 aus seiner Feder sei, und er glaube auch heute noch, daß das richtig sei, was er damals geschrieben. In England, wie er mit Freuden sehe, mache sich das Bestreben geltend, denselben Ideen ebenfalls Geltung zu verschaffen. Aber sowohl der hochgeehrte Mann, den er genannt habe, wie er selbst, seien der Meinung, daß eine Unterscheidung zwischen fundirtem und nicht fundirtem Einkommen nur dann ausführbar sei, wenn man sich zu dem System der Selbst-Deklaration bekenne. Das Einkommensteuergesetz stelle nicht eine reine Einkommensteuer dar, sondern eine klassifizirte, welche namentlich in den höhern Stufen viel Spielraum lasse. Die Antragsteller wollten den Versuch machen, dies System zu einem Theil aufzugeben; sie hätteu indeß kein Wort darüber verloren, wie weit sie mit der Heranziehung des Einkommens gehen wollten. Erwäge man, welche Umstände der Antrag veranlassen würde, welche neue Ermittelungen angestellt werden müßten, so werde man finden, in welchen unredlichen Zwiespalt man gelange. In welches eigenthümliche Verhältniß würden die bisher zu hoch besteuerten Provinzen treten, wenn man in ihnen neben der Grundsteuer die neue Einkommensteuer von fundirter Einkommensteuer erheben wollte; das wäre eine schreiende Ungerechtigkeit. Ein Punkt sei wiederholt in der Diskussion vorgekommen, auf den er sehr ungern eingehe, es sei viel von Opferwilligkeit gesprochen worden.

Bei jedem Antrage, der in diesem Hause zur Berathung komme, dürfe nur die Rücksicht auf das Wohl des Landes maßgebend sein, nie das pecuniäre Interesse allein. Das könne nicht in Abrede gestellt werden, daß nach Annahme der große Grundbesitz in den Provinzen Prenßen, Pommern, Brandenburg und Posen sehr wesentliche Vortheile haben würde; da würde in den überlasteten Provinzen die Opferwilligkeit stark auf die Probe gestellt. Was die Ausführbarkeit des Antrags betreffe, so werde die Vorbereitung eben so lange Zeit beanspruchen, als der Plan der Regierung. Wäre die Regierung für den Antrag, wie sie gegen denselben sei, so würde es ihr doch nicht gelingen, früher, als in der nächsten Legislaturperiode einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. — Als Zwecke des Antrages gebe man die Beseitigung der Grundsteuer-Erhöhung an; ob man auch zugleich die Ausgleichung beseitigen wolle, sei noch zweifelhaft, da einige Stellen im Commissionsbericht sich für die Ausgleichung aussprächen. Seinen Standpunkt zu dieser Frage zu entwickeln, werde er bei der Grundsteuerdebatte Gelegenheit haben, und er wolle nur sagen, wie nach seiner Ansicht sich die Erhöhung der Grundsteuer zur Ausgleichung verhalte. Er betrachte die Ausgleichung als eine durch die Geschichte, durch die Gesetze und die Verfassung gebotene, unabweisliche Forderung der Gerechtigkeit, eine Forderung der politischen Nothwendigkeit. Die Erhöhung der Grundsteuer dagegen sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Für die Armenbedürfnisse seien dauernde Ausgaben, somit auch dauernde Einnahmen nöthig. Auf der andern Seite müsse die Regierung die Maßregel der Ausgleichung durchführen, und es frage sich, ob man die Gleichstellung in der Grundsteuer so wolle, daß die belasteten Provinzen ermäßigt und die begünstigten soweit erhöht würden, daß der erforderliche Betrag erzielt würde, oder ob die Gleichstellung der Art durchzuführen sei, daß die belasteten Provinzen nicht ermäßigt und den begünstigten der volle Betrag aufgelegt würde? Gründe der Billigkeit sprächen für die Vorschläge der Regierung. Vom Throne sei die feierliche Aufforderung an den Landtag ergangen, diese Frage zu lösen. Das Abgeordnetenhaus habe dies mit großer Mehrheit gethan. Solle nun das Herrenhaus, ohne in eine Erörterung der Regierungsvorlage einzugehen, von vornherein dieselbe ablehnen? Er hoffe, nein. (Bravo links.)

Herr v. Zedlitz-Neukirch: Die Militär-Reorganisation sei Fleisch und Bein geworden, und die großartige Maßregel habe am 18. Januar eine imposante Einweihung erfahren. Jetzt handele es sich darum, die Mittel herbei zu schaffen. Herr Baumstark habe ihn nicht überzeugt; er (Redner) halte den Arnimschen Antrag für ausführbar und gerecht. Als der Finanzminister voriges Jahr die Militärvorlagen überreichte, bezeichnete er sie als einstweilige; das „Einstweilen" sei nun geschwunden, der Finanzminister aber noch da. (Herr v. Patow nickt dem Redner zu.) Der Minister sei, das könne nicht geleugnet werden, in einer schwierigen Lage, da er die Mittel herbeischaffen müsse. Die Grundsteuer sei ein Zankapfel der politischen Parteien geworden, und, wenn das Herrenhaus sie ablehne, würde man versuchen, es nach oben und unten hin zu diskreditiren; es werde viel Dinte verspritzt werden, das Haus dürfe sich aber dadurch nicht schrecken lassen. Friedrich Wilhelm IV., der intellektuelle Schöpfer des Herrenhauses, habe mit prophetischem Seherblick die Hoffnung ausgesprochen, daß das Herrenhaus ein Bollwerk gegen die Revolution und ein Schutz des Thrones und der Kirche sein werde. „Ob wir es noch erleben, daß unsere Prinzipien siegen, oder ob wir von der Revolution hinweggeschwemmt werden, — das weiß nur der da oben. Wenn aber auch alles untergeht, die alte Opferwilligkeit wird bleiben." Er und seine Freunde wollten dieselbe durch die Annahme des Arnimschen Autrages bethätigen. Blieben sie in der Minorität, so hätten sie doch wenigstens den besten Willen gezeigt. (Bravo rechts.)

Reg.-Commissar Bitter: Namens der Regierung noch einige Bemerkungen. Im Falle der Ausführung des Antrages würde der wesentlichste Zweck der Regierung, die minder Wohlhabenden von der Erhöhung der Steuern auszuschließen, verloren gehen; es würde nach dem Antrage nur eine andere Vertheilung der Steuern eintreten. Dieser Zweck würde sich aber auf eine einfachere Weise erreichen lassen, denn es es komme dann nur darauf an, die Einkommensteuer, Klassensteuer ꝛc. mit einem bestimmten Zuschlage zu belegen. Er wolle sich über die Zweckmäßigkeit eines solchen Verfahrens nicht aussprechen, sondern nur nur hervorheben, daß dies leichter auszuführen sei, als der Antrag. Was die praktische Ausführung des Antrages anlange, so habe die Regierung sich in ihrer Ueberzeugung nicht erschüttern lassen können, daß derselbe auf Grund der bestehenden Verhältnisse nicht ausführbar sei. Man habe die Einkommensteuer mit Recht eine verbesserte Klassensteuer genannt, eine solche sei sie in der That, und sie habe sich seit ihrer Einführung sehr wohl bewährt. Nichtsdestoweniger werde es nicht verkannt, daß sie einer Verbesserung fähig sei, und die Regierung werde die ihr gegebenen Fingerzeige benutzen; bei eventuellen Vorschlägen hoffe sie dann auf die Zustimmung der Antragsteller. Zu einer so tief eingreifenden Abänderung der bestehenden Gesetzgebung, wie der Antrag es wolle, seien große Vorbereitungen und Arbeiten nothwendig, und es sei unmöglich, die vorgeschlagene Steuer danach am ersten Januar 1862 zur Hebung zu bringen. Die Staatsregierung halte es für unpolitisch, zum Zwecke einer vorübergehenden Steuer so tief eingreifende Aenderungen zu veranlassen, denn die Unbequemlichkeiten derselben ständen nicht im Verhältnisse zu dem Zwecke. — Es sei gestern der Staatsregierung vorgeworfen worden, welche unerhörte Last sie durch die Erhöhung der Grundsteuer dem Lande aufbürde. Es handle sich hier nicht um eine Summe von 10 Millionen, denn das Grundeigenthum leiste schon 8 Millionen Steuer. Es solle nur eine Erhöhung von 1,850,000 Thlr. eintreten, welche also noch nicht einmal 1 % betrage. Zur Beruhigung derer, welche gestern auf die armen Klassen, die Tagelöhner, Büdner, Häusler u. s. w., hingewiesen haben, müsse er constatiren, daß gerade diese armen Leute zur Zeit in der Grundsteuer die höchstbelasteten seien im ganzen preußischen Staate. Diesen kleinen Grundbesitzern solle durch die Regulirung der Grundsteuer eine bedeutende Erleichterung zu Theil werden; sie sollen 3, 4, 5 Theile der Steuer für die Ewigkeit los werden, und für diese Aussicht würden sie wohl gern noch die paar Jahre hindurch den Zuschlag zahlen. Ein großer Theil der Grundbesitzer erhalte Ermäßigungen, und wo die Last zu stark drücken sollte, da trete der Staat mit der Entschädigung ein. Nach Seiten der Opferbereitschaft habe die Staatsregierung dem Antrage ihre Anerkennung zu Theil werden lassen; aber im Lande könne die Ansicht herrschen, daß diejenigen, welche jetzt bereit seien, für einige Jahre ein Opfer zu bringen, die Absicht hätten, sich dadurch des dauernden Opfers der Grundsteuer zu entziehen. — In Bezug auf einen andern Einwand müsse er bemerken, daß die großen Städte durch die Häusersteuer sehr belastet würden, aber die kleineren Städte, welche der Last des Servises unterlägen, eine Erleichterung erhalten sollten, welche ihnen der Arnim'sche Antrag nicht zukommen lasse. Einer der Vorredner habe bemerkt, die Grundsteuer sei eine Frage des Rechts, nicht aber eine Frage der Finanz-Interessen. Diesem Ausspruche könne die Regierung vollständig beitreten. Derselbe Redner habe sich demnächst aber gleichzeitig gegen die Gerechtigkeit der Grundsteuer-Ausgleichung erklärt. Hierbei trete er in einen gewissen Widerspruch mit demjenigen, was der Haupt-Antragsteller in seiner Rede ausgesprochen habe, daß nämlich die Frage der Ausgleichung der Grundsteuer mit dem Antrage in gar keiner Verbindung stehe. — Dem Arnim'schen Antrage liege die Annahme zu Grunde, daß die Grundsteuer den Charakter einer Rente habe, daß sie außerhalb des bestehenden Staats-Steuer-Systems stehe. Er enthalte sich der Widerlegung dieser Ansicht, die schon oft widerlegt sei, ohne die Gegner zu überzeugen. Die Staatsregierung stehe in dieser Frage auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Nach ihrer Ueberzeugung liege es im Interesse der Gerechtigkeit, daß die Grundsteuer in dem Steuer-System ihre Stellung finde, daß sie bei Eiführung neuer und Abänderung bestehender Steuern berücksichtigt und an ihr der Grundsatz der Vertheilung der Steuern nach Maßgabe der Gerechtigkeit und Steuerkraft zur Geltung gebracht werden müsse. Diese Auffassung liege den Vorlagen der Regierung zum Grunde, welche im andern Hause sich der lebhaftesten Zustimmung erfreut hätten,

Das werde man zugeben müssen, daß die Bestrebungen der Regierung in dieser Frage die Gesetzgebung seit 1810 unbedingt für sich haben, daß die Grundsteuer im thatsächlichen Widerspruche mit der Gesetzgebung stehe, daß es für die Regierung eine Unmöglichkeit sei, eine neue Steuer einzuführen, bevor nicht dieser thatsächliche Zustand beseitigt und die Grundsteuerfrage einer definitiven Lösung zugeführt worden sei.

Der Antrag greife nun dieser Entscheidung über die Grundsteuer vor, ganz entgegen der Gesetzgebung, der Absicht der Regierung und einer großen Fraktion im Lande. Deshalb würde der Antrag, wenn er ausgeführt werden sollte, die höchste Mißstimmung im Lande erregen, namentlich bei denen, die schon jetzt mit der Grundsteuer thatsächlich überbürdet seien. Von dem Antragsteller sei nun darauf hingewiesen, er habe mit seinem Antrage nicht bis zur Berathung der Grundsteuervorlagen warten können, weil die so wichtige Grundsteuerfrage bei der Berathnng nicht überstürzt werden solle. „Aber, m. H., wenn die Staatsregierung im allgemeinen Interesse des Landes, der Krone und der Einheit des Staates eine Frage, die nunmehr seit 50 Jahren auf der Tagesordnung steht, definitiv zu erledigen wünscht, dann dann kann ihr doch nicht der Vorwurf gemacht werden, sie wolle die Entscheidung derselben überstürzen.“ Allerdings habe die Regierung die Lösung dieser Frage vor zwei Jahren in milderer Form in Vorschlag gebracht; daß dies aber jetzt nicht mehr angehe, daß sie vielmehr mit der Grundsteuerausgleichung zugleich eine Erhöhung verbinde, sei nicht ihre Schuld, sondern der Thatsachen, welche die Mehrausgabe unabweislich herbeiführen. Ueberdies beruhten auch die jetzt gestellten Vorlagen mit auf denjenigen Andeutungen, welche die Regierung in diesem Hause empfangen habe, und er hoffe daher, daß die Mehrheit dieses Hauses, wenn es zur Berathung der Vorlagen komme, denselben ihre Zustimmung ertheilen werde. (Bravo.)

Auf eine thatsächliche Berichtigung des Grafen v. Voß-Buch hinsichts der Zahl und Stellung der Häusler auf Domainen und Rittergütern hält der Reg.-Commissar seine Behauptung aufrecht.

Finanzminister v. Patow: Einer der letzten Redner hat geäußert, daß der Antrag des Grafen Arnim doch ein sehr wohlmeinender sei, und sich sehr gewundert, daß die Regierung ihm nicht zustimmen wolle. Daß der Antrag ein wohlmeinender ist in dem Sinne, als er den ärmeren Klassen der Steuerpflichtigen eine Erleichterung zuwenden will, habe ich anerkannt; daß aber diese Absicht nicht durchgängig erfüllt werden wird, ist von meinem Kommissar nachgewiesen worden. Wenn der Antrag aber ein wohlmeinender sein soll der Staatsregierung gegenüber, so vermag ich das weniger einzusehen. Ich muß um Verzeihung bitten, wenn ich das schon früher Gesagte wiederhole, da dasselbe nicht verstanden zu sein scheint. Wie stellt sich der Antrag der Staatsregierung und Finanzverwaltung gegenüber? Die Regierung ist jetzt im Besitz einer Einnahme von 3,600,000 Thlr., und hat die Aussicht, sie über den 1. Jan. 1862 hinaus verlängert zu sehen; die Antragsteller wollen nun diese Einnahme vom 1. Jan. 1862 ab der Regierung entziehen und bieten ihr zum Ersatz eine Einnahme von 2,200,000 Thlr. Daß darin eine gute Meinung für die Finanzverwaltung liege, sehe ich nicht, und der Antragsteller hat dies auch nach dem Inhalt der Denkschrift selber gefühlt, da er einen Theil des Zuschlags zur Deckung dieses Deficits forterheben will. Im Laufe der Diskussion ist nun gesagt, es sei ausführbar, den Zuschlag von 25 pCt. im Allgemeinen fortzuerheben, nur mit Ausnahme derer, die nach dem Arnim'schen Vorschlage mit höherer Steuer getroffen werden sollen. Nach jenem Vorschlage würde es also eine Klasse von Einkommensteuerpflichtigen geben, welche von einem Theile ihres Einkommens einmal die Prinzipalsteuer, dann 10 pCt. Zuschlag und endlich noch 66 2/3 vom fundirten Theil ihres Einkommens zahle; eine zweite Klasse hätte die Prinzipalsteuer, 10 pCt. Zuschlag vom Gesammteinkommen und 33 1/3 pCt. vom Gesammteinkommen, und eine dritte Klasse hätte außer der Prinzipalsteuer nur 10 pCt. Zuschlag zu zahlen. Es leuchtet ein, daß eine solche Art der Steuererhebung eine überaus komplizirte sein würde. Nach dem andern, im Laufe der Diskussion gemachten Vorschlage, würde von einem Theil des Einkommens 66 2/3, von einem andern 33 1/3 und vom übrigen 25 pCt. Zuschlag neben der bestehenden Prinzipalsteuer erhoben werden. Die preußische Finanzverwaltung würde hierdurch ihren Ruf der Einfachheit verlieren, und überdies käme die Einkommensteuer in diesem Zustande auf eine bedenkliche Höhe.

Ich will anerkennen, daß der Antrag eine gewisse Berechtigung in sich hat. Wenn nach der Regulirung und mäßigen Erhöhung der Grundsteuer noch ein Bedürfniß obwalten sollte, im Wege der direkten Steuern größere Einnahmen herbeizuführen, so würde die Regierung vielleicht gezwungen sein, den vorgeschlagenen Weg zu betreten, doch wird diese Nothwendigkeit überhaupt in absehbarer Zeit nicht eintreten, und würde dann immer noch Sache der Regierung sein, die neuen Einnahmen in einer Erhöhung der indirekten Steuern zu finden. Wenn aber auch diese Hoffnung trügen sollte, und der Vorschlag angenommen werden müßte, dann müßten allerdings auch die Mittel herbeigeschafft werden, um die Erhebung der Steuer möglich zu machen; dies würden aber strenge Mittel sein müssen. Was aber in einem solchen Nothfall ausführbar wäre, muß ich bei einem Transitorium für unausführbar erklären, dann würden die vorgeschlagenen Mittel und Wege außer allem Verhältniß zu dem vorübergehenden Zwecke stehen. Jedenfalls aber sind sehr umfassende Vorarbeiten zur Ausführung nöthig, das Gesetz könnte im Laufe dieser Session nicht mehr erledigt werden und der Hauptzweck des Antrags bliebe sonach unerreicht.

Man hat gesagt, es gehöre Muth dazu, die Wege der Staatsregierung zu gehen; es gehöre aber zu einem Finanzminister auch Vorsicht. Ich würde mich nun des Uebermuths und der Unvorsichtigkeit bezichtigen, wenn ich zu Projekten die Hand bieten wollte, die unausführbar sind. Die Staatsregierung glaubt es nicht an Vorsicht haben fehlen zu lassen, und nach meiner persönlichen Ueberzeugung können, wenn die Vorlage der Staatsregierung angenommen und dadurch von 1865 ab eine gesicherte Mehr-Einnahme geschaffen wird, die Finanzen des Staates nicht gestört werden, auch wenn der Zuschlag von 25 pCt. über den 1. Juli 1865 (?) hinaus nicht bewilligt werden sollte, was ich freilich nicht für möglich halte. Aber ich habe nicht den Muth, der Finanzverwaltung des Staates ferner vorzustehen, wenn jene Sicherung der Zukunft versagt wird. Wer dann den Muth hat, dem werde ich zwar meinen Platz räumen, bezweifle aber, ob ihm das Vertrauen des Landes entgegenkommen wird, dessen ich mich bisher erfreut habe. (Bravo.)

Die allgemeine Discussion ist geschlossen.

(Fortsetzung in der nächsten Nummer.)

*** Berlin,** 16. März. [Vom Hofe.] Die Ernennungen zu den hohen Hofämtern werden nach Beendigung der Hoftrauer, also zum 4. April, publizirt werden. Zum Minister des königl. Hauses soll eine allbeliebte Persönlichkeit, die im Jahre 1848, vom September bis November, das auswärtige Ministerium ad interim verwaltete, designirt sein. Auch steht demnächst die Feierlichkeit der Krönung in Königsberg (welcher Stadt als Residenz ein Recht darauf gebührt) so wie die Huldigung in Berlin zu erwarten. Die hierauf bezügliche Medaille wird mit beiden Portraits des hohen Herrscherpaares geziert sein.

« **Breslau,** 18. März. Mit dem gestrigen Abendzuge der Posener Eisenbahn hat sich Se. Exc. der Wirkl. Geh. Rath und Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Freihr. v. Schleinitz, vermuthlich nach dem Großherzogthum Posen begeben, und wird am Dinstag Abend von da wieder zurückerwartet.

† **Breslau,** 18. März. Schon wieder ist ein Mann dahin geschieden, der sich um den Staat, und speziell um die Stadt und den Kreis Breslau hochverdient gemacht hat, ein Mann, der in den verschiedensten Kreisen auf's Segensreichste wirksam war. Es starb nämlich am 17. März Nachmittags 3 1/2 Uhr der königliche Geheime Regierungsrath a. D., Herr Wilhelm v. Woyrsch, Ritter hoher Orden, in dem ehrenvollen Alter von 74 Jahren.

Im Laufe der verflossenen Woche sind hierorts excl. 4 todtgeborener Kinder 34 männliche und 47 weibliche, zusammen 71 Personen als gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: Im Allgem. Kranken-Hospital 7, im Hospital der barmherzigen Brüder 1, im Hospital der Elisabetinerinnen 3 und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt 1 Person.

Gefunden wurde: eine Bibermütze und ein Hausschlüssel.

Angekommen: Kgl. sächsischer Consul u. Ritter Leßer u. Familie aus Warschau. Frau Generallieut. Kathar. v. Kousmine nebst Familie und Gefolge aus Warschau. Oberst v. Natzmer aus Berlin. (Pol. Bl.)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Frankfurt a. M., 17. März, Vorm. In der gestrigen Sitzung des Bundestages erklärte der dänische Bundestagsgesandte, es sei bei dem Bedenken der holsteinischen Stände gegen eine gemeinsame Vertretung der Monarchie eine sofortige gemeinsame Verfassung unmöglich. Dänemark sei in seinen Vorlagen so weit gegangen, als ein ungestörter Fortgang der Staatsverwaltung es erlaube; es hoffe, die Vorlagen, bei denen die Bedenken des Bundestages berücksichtigt seien, würden wenigstens eine provisorische Regelung herbeiführen und behalte sich Weiteres bis zum Schlusse der Ständeversammlung vor. Diese Erklärung wurde den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

Stuttgart, 16. März. In der Abgeordnetenkammer hat der Minoritäts-Antrag der Commission den Sieg davongetragen. Das Concordat ist mit 63 gegen 27 Stimmen verworfen worden. Das Ministerium bleibt im Amte.

München, 16. März. Heute wurde in der Abgeordnetenkammer die kurhessische Frage nach dreitägiger Debatte zu Ende geführt. Ein heute neu eingebrachter Antrag des Präsidenten der Kammer fand allgemeine Zustimmung und wurde mit 132 gegen 8 Stimmen angenommen. Derselbe enthält eine motivirte Verwahrung gegen die Competenzwidrigkeiten des Bundesbeschlusses und die Bitte an den König, das Staatsministerium anzuweisen, zur Herstellung rechtlich geordneter Verfassungszustände Kurhessens nach Kräften mitzuwirken.

Triest, 16. März, Vorm. Berichte aus Korfu vom 12. d. bringen den Entwurf der Antwort des jonischen Parlaments auf die Botschaft des britischen Ober-Commissars. In derselben wird die Schutzherrschaft Großbritanniens als einzige Ursache aller Uebel der jonischen Inseln bezeichnet. Ein Deputirter hatte Abstimmung über den Anschluß an Griechenland verlangt, ein anderer eine Vorstellung an die Regierungen und Völker Europa's gegen das britische Protektorat verlesen. Darauf war das Parlament auf 6 Monate vertagt worden.

Paris, 16. März, Abends. Die heutige „Patrie“ dementirt die Nachricht, daß am 14. d. eine Manifestation zu Rom stattgehabt habe, und daß dieselbe unterdrückt worden sei. Sie dementirt gleichzeitig den nahe bevorstehenden Rückzug der Franzosen aus Rom und versichert, daß Graf Rechberg (?) von London nach Paris kommen werde.

London, 16. März, Vorm. Die Herzogin von Kent ist heute Morgen in den Armen der Königin und des Prinz-Gemahls zu Frogmore verschieden.

Petersburg, 17. März, Mittags. In dem heute veröffentlichten, vom 19. v. M. datirenden Manifeste, bezüglich der Freiheit der Bauern, heißt es unter Anderem: Durch das Vermächtniß Unserer Vorfahren und durch die Vorsehung ist Uns das Loos geworden, die Lage der Leibeigenen zu verbessern. Wir begannen mit festem Vertrauen zu dem Adel des Reiches. Unser Vertrauen hat sich bewährt. Das neue Gesetz gewährt den Leibeigenen volle Freiheit. Den Gutsbesitzern ist das Recht des Eigenthums ihrer Ländereien gewahrt; sie überlassen aber den Bauern deren Gehöfte zur fortwährenden Nutznießung, nebst neuerdings gesetzlich dazu bestimmtem Lande gegen gesetzliche Leistung von Abgaben. In diesem eine Uebergangsperiode bildenden Zustande heißen die Bauern zeitweilig Verpflichtete. Zugleich haben die Bauern das Recht, ihre Gehöfte auszukaufen und mit Zustimmung des Gutsherrn auch andere ihnen bis dahin zugetheilte Ländereien zu erwerben. Dann werden die Bauern freie Landbesitzer. Diese neue Ordnung muß binnen zwei Jahren allmählig überall durchgeführt sein. Bis zum Ablauf dieser Zeit bleiben die Bauern in ihrem früheren Zustande der Abhängigkeit von den Gutsherren und haben ihre Dienstpflichten ohne Widerrede zu erfüllen. — Wir verlassen Uns auf das gesunde Verständniß Unseres Volkes.

Pesth, 17. März. In Ofen wurden Baron Josef Eötvös mit Acclamation, Balazsy (?) mit Stimmenmehrheit gegen Andrassy zu Landtagsmitgliedern gewählt.

Turin, 16. März. Die Kammer hat die Dringlichkeit einer Petition eingeräumt, welche die Regierung bittet, sich beim Kaiser Napoleon zu verwenden, damit er seine Truppen schleunigst aus Rom zurückziehe.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage soll die Demission des Statthaltereiraths angenommen worden sein.

Mailand, 16. März. Die „Perseveranza“ glaubt, Cialdini werde sich nach Turin begeben, um an den Parlaments-Sitzungen Theil zu nehmen. Dem Parlamente soll ein Gesetzentwurf vrrgelegt werden, welcher bestimmt, daß das Verfassungsfest und die Proklamation des italienischen Königreiches am ersten Sonntag im Juni gefeiert werden. Die Kammer ernannte eine Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfes bezüglich der Rekrutirung für die Marine.

Athen, 9. März. Monarchides wurde zum Präsidenten des Senats ernannt; die Ernennung 15 neuer Senatoren ist bevorstehend.

Konstantinopel, 9. März. Zur Inspizirung der Truppen in Bosnien und Montenegro wurde eine besondere Kommission ernannt. Die Zahl der einzuberufenden Redifs-Bataillone wurde auf 32 vermindert, ebensoviele sollen bereitgehalten werden.

Heuglin ist nach Alexandrien abgegangen. Frh. v. Prokesch wurde gestern vom Sultan in einer Privat-Audienz empfangen.

Beyrut, 28. Febr. Abro Effendi ist zur Leitung einer Untersnchung nach Saida abgegangen. Eine Drusenbande aus Bedsche soll das Dorf Rhayme angegriffen haben. Khaled Pascha, nach dem Hauran gesendet, um die Drusen abzuschneiden, ist eiligst nach Damascus zurückgekehrt. Die dortigen Christen beschweren sich, fortwährend in Lebensgefahr zu sein, und noch keine Entschädigung erhalten zu haben.

Paris, 16. März. Der heutige „Moniteur“ meldet in seinem Bülletin, daß die Conferenz gestern beschlossen habe, die französische Occupation Syriens bis zum 5. Juni zu verlängern.

Aus Turin wird gemeldet, daß Graf Cavour auf eine Interpellation bezüglich Roms eine desfallsige Discussion als zeitgemäß und nützlich anerkannt habe; er werde am 21. d. M. Erläuterungen geben.

Paris, 15. März. Die Unterhandlungen zwischen Frankreich, Rom und Sardinien sollen guten Fortgang haben.

Die officiöse „Revue Européenne“ schreibt, die Besetzung Roms sei eine Ehrenpflicht gewesen, doch könne dieselbe nicht in's Ungewisse hinausdauern, ohne zu einem Protectorat zu werden.

London, 14. März, 10 Uhr 35 Min. Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Staatssecretär des Innern, Sir G. C. Lewis, die Regierung sei durch den Polizei-Commissar Mayne auf die Anfertigung der Kossuth-Noten aufmerksam gemacht. Mayne habe den Lithographen Day u. Sons geschrieben, sie möchten die Noten zurückhalten. Die Regierung habe keine Ausgaben in dieser Angelegenheit gehabt und keine geheime Polizei benutzt. Die Regierung sei lediglich deshalb eingeschritten, weil sie anfänglich glaubte, es handele sich um Fälschung österreichischer Banknoten.

London, 15. März. In Beantwortung einer Interpellation von Duncombe erklärt Lord John Russell heute im Unterhause, es würden keine Instruktionen je der englischen Flotte gegeben, zu interveniren, falls eine Expedition die italienische Küste zum Angriff Dalmatiens verlassen sollte; aber England würde Sardinien als dafür verantwortlich betrachten.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 16. März, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei starker Nachfrage zu 68, 25, stieg auf 68, 40 und schloß ziemlich belebt in fester Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 3/8 eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 35. 4 1/2proz. Rente 95, 80. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 41 1/4. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 486. Credit-mobilier-Aktien 667. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 16. März, Nachm. 3 Uhr. Silber 60 7/8. Wetter regnerisch. Consols 92 1/4. 1prz. Spanier 41 1/8. Mexikaner 24 1/4. Sardinier 82. 5prz. Russen 101 1/2. 4 1/2prz. Russen 91. Der gestrige Wechsel-Cours auf Wien war 15 Fl. 45 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 9 Sch. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 19,035,330 Pfd., der Metallvorrath 12,329,142 Pfd. St. — Der fällige Dampfer aus Westindien ist eingetroffen.

Wien, 16. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 64, 90. 4 1/2proz. Metalliq. 55, 75. Bankaktien 726. Nordbahn 207, 20. 1854er Loose 85, 75. National-Anlehen 76, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 286, —. Creditaktien 164, 20. London 147, —. Hamburg 110, —. Paris 58, —. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 187, —. Lomb. Eisenbahn 190, —. Neue Loose 115, —. 1860er Loose 81, 50.

Frankfurt a. M., 16. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Fonds u. Industriepapiere etwas fester bei unbelebtem Geschäft. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 129 3/8. Wiener Wechsel 79 3/8. Darmst. Bankaktien 181. Darmst. Zettelbank 236. 5prz. Metall. 42 1/4. 4 1/2prz. Metall. 37 1/2. 1854er Loose 56 1/2. Oest. National-Anleihe 49 3/4. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 224. Oest. Bank-Antheile 580. Oesterr. Credit-Aktien 129. Neueste österr. Anleihe 54 3/4. Oest. Elisabetbahn 124. Rhein-Nahe-Bahn 25. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 102.

Hamburg, 16. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Gegen Schluß der Börse etwas matter. Schluß-Course: National-Anleihe 51. Oesterr. Credit-Aktien 54 1/4. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87 1/2. Diskonto —. Wien —, —.

Hamburg, 16. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco und Lieferung gute Frage, ab auswärts stille. Roggen loco fest, ab Königsberg 80pfd. pr. Juni zu 79 angetragen. Oel pr. Mai 23 1/4, pr. Oktober 24 3/8. Kaffee unverändert; 2000 Sack Santos schwimmend zu 6 3/4 umgesetzt. Zink stille.

Liverpool, 16. März. [Baumwolle.] 25,000 Ballen Umsatz. — Preise 1/8 höher als gestern. Orleans 7, Upland 6 11/16.

Berliner Börse vom 16. März 1861.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	101 5/8 bz.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4 1/2	101 3/4 bz.
dito 1853	4	97 bz.
dito 1859	5	106 1/8 bz.
Staats-Schuld-Sch.	3 1/2	87 3/4 B.
Präm.-Anl. von 1855	3 1/2	117 7/8 B.
Berliner Stadt-Obl.	4 1/2	102 B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3 1/2	91 3/4 bz.
dito dito	4	100 3/4 bz.
Pommersche	3 1/2	89 1/4 bz.
dito neue	4	98 1/2 bz.
Posensche	4	101 1/4 G.
dito	3 1/2	95 bz.
dito neue	4	90 1/4 bz.
Schlesische	3 1/2	89 3/8 B.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97 bz.
Pommersche	4	97 bz.
Posensche	4	92 7/8 bz.
Preussische	4	96 1/2 G.
Westf. u. Rhein.	4	96 1/2 G.
Sächsische	4	97 3/4 G.
Schlesische	4	96 3/4 bz.
Louisdor	—	109 1/2 bz.
Goldkronen	—	9. 5 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	43 G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	56 3/4 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	52 etw. bz. u. B.
dito Nat.-Anleihe	5	51 1/2 à 1/4 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	102 3/8 B.
dito 5. Anleihe	5	88 B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80 1/2 bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	85 1/2 B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 B.
dito à 300 Fl.	5	93 B.
dito à 200 Fl.	—	23 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	47 1/2 G.
Baden 35 Fl.	—	30 B.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3 1/2	3 1/2	75 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	20 à 20 1/4 bz.
Amst.-Rotterdam	—	4	80 bz.
Berg.-Märkische	—	4	88 1/2 bz.
Berlin-Anhalter	—	4	116 à 116 1/2 bz.
Berlin-Hamburg.	6 3/4	4	114 3/4 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	—	4	144 bz.
Berlin-Stettiner	—	4	110 1/4 bz. (i. D.)
Breslau-Freibrg.	5 1/2	4	97 1/4 à 96 1/2 à 3/4 bz.
Cöln-Mindener	—	3 1/2	135 1/2 bz.
Franz.St.-Eisenb.	—	5	128 1/4 bz.
Ludw.-Bexbach.	9	4	129 1/2 bz.
Magd.-Halberst.	7 7/10	4	205 1/2 G.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	34 3/4 à 35 bz.
Mainz-Ludw. A.	—	4	101 1/2 à 102 bz. u. G.
Mecklenburger	—	4	47 1/4 à 3/8 bz
Münster-Hammer	—	4	93 3/4 bz.
Neisse-Brieger	—	4	51 3/4 G.
Niederschles.	—	4	95 3/4 bz.
N.-Schl.-Zweigb.	—	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	44 1/2 à 3/8 bz.
dito Prior.	—	4 1/2	100 3/8 G.
Oberschles. A.	7 7/10	3 1/2	124 etw. bz. u. G.
dito B.	7 7/10	3 1/2	111 1/2 bz.
Oberschles. C.	7 7/10	3 1/2	124 etw. bz. u. G.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3 1/2	80 3/4 G.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	88 3/4 G.
dito Prior E.	—	3 1/2	78 bz.
dito Prior F.	—	4 1/2	95 B.
Oppeln-Tarnow.	1/3	4	35 1/2 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	—	4	53 3/4 G.
Rheinische	—	4	89 bz. u. G.
dito (St.) Pr.	—	4	92 B.
dito Prior.	—	4	86 1/2 bz.
dito v. St. gar.	—	3 1/2	— — —
Rhein-Nahebahn	—	4	24 3/4 bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/2	3 1/2	76 G.
Starg.-Posener	—	3 1/2	84 1/2 B.
Thüringer	—	4	104 bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	36 7/8 bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4 1/2	85 1/2 bz.
dito Prior St.	—	4 1/2	73 1/4 B.
dito dito	—	5	80 1/2 B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	115 1/2 G.
Berl.-Hand.-Ges.	—	4	81 1/2 B.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	—	4	67 G.
Bremer „	5	4	98 1/2 G.
Coburg. Credit-A.	—	4	41 B.
Darmst. Zettel-B.	7 2/3	4	95 G.
Darmst. (abgest.)	4	4	72 G.
Dess. Creditb.-A.	0	4	13 1/2 à 5/8 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	83 3/4 bz.
Genf. Creditb.-A.	0	4	24 i. Pst. bz. (i. D.)
Geraer Bank	4	4	70 1/4 G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	86 G.
„ Ver. „	4 1/3	4	99 1/2 G.
Hannov. „	—	4	91 1/2 G.
Leipziger „	—	4	61 etw. bz. (i. D.)
Luxembrg. „	7 1/2	4	84 B. (i. D.)
Magd. Priv. „	3 2/3	4	79 bz. u. B.
Mein.-Creditb.-A.	—	4	69 1/2 bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	19 1/2 etw. bz. u. G.
Oester. Crdtb.-A.	—	5	54 3/4 bz. u. B.
Pos. Prov.-Bank	5 1/10	4	83 G.
Preuss. B.-Anthl	5 1/2	4 1/2	122 1/2 bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	80 bz.
Thüringer Bank	—	4	55 à 55 1/4 bz. u. G.
Weimar. Bank	—	4	73 G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	141 1/2 bz.
dito	2 M.	140 7/8 bz.
Hamburg	k. S.	150 5/8 bz.
dito	2 M.	150 bz.
London	3 M.	6. 19 1/2 bz.
Paris	2 M.	79 1/4 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	67 1/2 bz.
dito	2 M.	67 bz.
Augsburg	2 M.	56. 22 bz.
Leipzig	8 T.	99 5/6 bz.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W.	95 3/8 bz.
Warschau	8 T.	86 1/2 bz.
Bremen	8 T.	109 1/8 bz.

Berlin, 16. März. Weizen loco 72—86 Thlr. pr. 2100 Pfd., hochbunt poln. 82 1/2 Thl. pr. 2100 Pfd. bez. — Roggen loco geringe Waare à 46—46 1/2 Thlr., 82—83pfd. ab Kahn 47—47 1/2 Thlr., 83—84pfd. 48—48 1/2 Thlr. ab Bahn pro 2000 Pfd. bez., März und März-April 45 1/4—45 Thlr. bez. und Gld., 45 1/8 Thlr. Br., Frühjahr 45 3/8—45 1/8 Thlr. bez. und Gld., 45 1/4 Thlr. Br., Mai-Juni 45 7/8—1/2—45 5/8 Thlr. bez., 45 3/4 Thlr. Br., 45 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 46 5/8—1/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 46 1/2 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 42—47 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25—28 Thlr., Lieferung pr. März und März-April 25 Thlr., Frühjahr 24 7/8—3/4 Thlr. bez. und Br., 24 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 25 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 25 3/4 Thlr. bez. und Br., 25 1/2 Thlr. Gld., Juli-Aug. 25 7/8 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 44—54 Thlr. — Rüböl loco 11 Thlr. Br., März und März-April 10 5/6 Thlr. Br., 10 3/4 Thlr. Gld., April-Mai 11—10 3/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 11—10 5/6 Thlr. bez. und Gld., 10 7/8 Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 11 13/24—3/8 Thlr. bez. und Gld., 11 5/12 Thlr. Br. — Leinöl loco preußisches 11 Thlr., englisches 10 3/4 Thlr., Lieferung englisches 10 7/12—1/2 Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 19 23/24 Thlr. bez., März und März-April 20 1/6—1/12 Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 20 1/4—1/8—1/6 Thlr. bez. und Gld., 20 1/4 Thlr. Br., Mai-Juni 20 5/12—7/24—3/8 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 20 2/3 Thlr. Br., 20 7/12 Thlr. Gld., Juli-Aug. 20 11/12—5/6—7/8 Thlr. bez., August-Septbr. 21 1/6—21 1/12 Thlr. bez., Sept.-Oktbr. 20—19 7/8 Thlr. bez.

Weizen still. Roggen loco war für den Konsum etwas mehr gefragt und wurde Einiges darin zu wenig veränderten Preisen umgesetzt. Termine verkehrten in nachgebender Richtung, schließen jedoch etwas fester. Rüböl überwiegend offerirt und bei ausgedehntem Handel rapide weichend. Spiritus, ebenfalls etwas gewichen, schließt nach kleinem Handel fester. — Gekündigt 10,000 Quart.

Breslau, 18. März. [Produktenmarkt.] Bei sehr mitelmäßigen Zufuhren und Offerten von Bodenlägern für Weizen und Roggen fest, alle übrigen Körner unverändert, matt, letzte Preise behauptet. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung. — Spiritus flau, pro 100 Quart loco 20, März 20 B.

	Sgr.			
Weißer Weizen	80	86	90	95
Gelber Weizen	80	86	90	94
Brenner-Weizen	65	70	74	76
Roggen	58	60	62	64
Gerste	48	52	54	57
Hafer	28	30	32	33
Kocherbsen	60	62	64	66
Futtererbsen	54	56	58	60
Wicken	45	50	53	56

	Sgr.				
Winterraps		85	90	92	94 96
Winterrübsen		80	84	87	89 91
Sommerrübsen		75	80	84	86 88
Schlagleinsaat		70	75	80	85 93
	Thlr.				
Rothe Kleesaat	11	13	15	15 2/3	16 3/4
Weiße dito		8	12	15	18 21 1/2
Thymothee	9 1/2	10	10 1/2	11	11 1/2

Theater-Repertoire.

Montag, den 18. März. (Kleine Preise.) **„Zampa, oder: Die Marmorbraut.“** Oper in 3 Abtheilungen, frei nach dem Französischen von F. Elmenreich. Musik von Herold.

Dinstag, 19. März. (Kleine Preise.) **„Maria Stuart.“** Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.